

An den  
Präsidenten des Burgenländischen Landtags  
Christian Illedits  
Landhaus  
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 14.11.2018

**Selbständiger Antrag**

**der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag.<sup>a</sup> Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses mit dem der Gesamtbericht des Jugendlandtages zur Kenntnis genommen wird.**

Der Landtag wolle beschließen:

## **Beschluss**

**des Burgenländischen Landtages vom \_\_\_\_\_  
mit dem der Gesamtbericht des Jugendlandtages zur Kenntnis  
genommen wird.**

Der Landtag hat beschlossen:

Der Gesamtbericht des Jugendlandtages vom 25. Oktober 2018 wird zur Kenntnis  
genommen.



**BURGENLÄNDISCHER LANDTAG**

**Gesamtbericht  
des  
JUGENDLANDTAGES  
vom  
25. Oktober 2018**

Im Jahr 2018 fand der insgesamt achte Jugendlandtag statt. Die dazu notwendigen Rahmenbedingungen wurden in der Präsidialkonferenz des Burgenländischen Landtages beraten. Für die Durchführung und komplette Abwicklung war die Landtagsdirektion des Burgenländischen Landtages verantwortlich.

Mit Schreiben vom 20. August 2018 wurden die im Burgenländischen Landtag vertretenen Parteien aufgefordert, entsprechend dem Ergebnis der letzten Landtagswahl, Nominierungen vorzunehmen.

Die Besetzung gliedert sich daher wie folgt:

SPÖ 15 Mandate, ÖVP 11 Mandate, FPÖ 6 Mandate, GRÜNEN 2 Mandate und die Liste Burgenland ebenfalls 2 Mandate.

Ebenso wurde wieder vereinbart, dass sich der Jugendlandtag in zwei Schwerpunkte gliedern soll. Der erste Teil war die Fragestunde, dabei wurde an jedes Mitglied der Burgenländischen Landesregierung eine Haupt- und zwei Zusatzfragen gestellt.

Im zweiten Teil waren vier Anträge zur Diskussion, die die Jugendabgeordneten erarbeitet haben.

Zwecks Vorbereitung der inhaltlichen Schwerpunkte des Jugendlandtages fand am 13. Oktober 2018 im Landhaus, in Eisenstadt, das Vorbereitungsseminar statt.

Für den ersten Teil, die Fragestunde, wurden durch freies Ziehen von Losen, sieben Gruppen gebildet. Seitens der Landtagsdirektion wurde im Vorfeld festgelegt, welche Gruppe an welches Mitglied der Landesregierung eine Haupt- und zwei Zusatzfragen erarbeiten muss. Das Thema der Anfrage mussten sich die Jugendabgeordneten selbst erarbeiten, jedoch waren Sie an die Referatseinteilung der Burgenländischen Landesregierung gebunden. Ebenso war es jeder Gruppe selbst überlassen, die Fragesteller zu nominieren.

Beim zweiten Teil, erarbeiten von vier Themenschwerpunkten mit gezielten Forderungen, wurden wieder durch freies Ziehen von Losen, vier Gruppen gebildet. Hier war die Vorgabe, dass ein Thema nur einmal verwendet werden kann.

Dabei wurden folgende Themenkomplexe gewählt:

Gruppe 1: Arbeit

Gruppe 2: Mobilität

Gruppe 3: Weiterentwicklung der Bildungslandschaft im Burgenland

Gruppe 4: Förderung von Menschen mit Behinderungen und Ausbau der Pflege

Da auch im „normalen“ Landtag Abänderungsanträge möglich sind, wurde mit den Jugendabgeordneten vereinbart, dass bis Montag, den 22. Oktober 2018, 15 Uhr, das Einbringen von Abänderungsanträgen möglich ist. Dabei muss jeder Abänderungsantrag von „vier“ Jugendabgeordneten unterstützt sein.

Fristgerecht sind daher zu allen vorliegenden Anträgen Abänderungsanträge eingebracht worden.

Beim Jugendlandtag am 25. Oktober 2018 wurden nunmehr folgende inhaltliche Themen (Anträge) beschlossen:

### **Teil 1: Arbeit**

Die Lehre ist einer der Grundpfeiler der jungen Arbeitswelt. Die Lehre muss aufgewertet werden, es darf nicht sein, dass Lehrlinge als einfache Hilfsarbeiter gesehen und eingesetzt werden. Der Schwerpunkt bei der Lehre liegt nach wie vor auf der Ausbildung. Um eine gute Ausbildung bei der Lehre zu gewährleisten, ist es notwendig ein „Lehrgütesiegel“ nach dem Vorbild von Wien einzusetzen. Außerdem soll ein Ausbildungsfonds eingerichtet werden, in den alle Betriebe einzahlen und aus dem Geld für Betriebe die Lehrlinge ausbilden herausgenommen werden kann, ähnlich wie in Vorarlberg. Ebenso soll es in den Berufsschulen, auf Freiwilligenbasis, die Möglichkeit geben, eine zweite lebende Fremdsprache in den Unterricht zu integrieren. Was das Lehrstellenangebot angeht, so muss, auch aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung, das Lehrstellenangebot erweitert werden, mit besonderem Augenmerk auf digitale Lehrberufe. Um weitere Anreize für die Lehre zu schaffen, fordern wir eine Mindestlehrlingsentschädigung von 850 Euro brutto österreichweit. Außerdem plädieren wir für den Erhalt des Jugendvertrauensrates und die Harmonisierung des Wahlalters auf 16 Jahre.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Lehrgütesiegel nach Vorbild von Wien
2. Aufwertung der Lehre-Lehrlinge dürfen nicht als einfache Arbeitskräfte hergenommen werden
3. Sprachförderung freiwillig
4. Ausbildungsfonds nach dem Vorbild von Vorarlberg
5. Ausbau von Lehrstellenangebot mit speziellem Augenmerk auf digitale Lehrberufe
6. Mindestlehrlingsentschädigung brutto 850 und die Rücknahme der Kürzung im Bereich der überbetrieblichen Lehre.
7. Für den Erhalt des Jugendvertrauensrates, sowie die Harmonisierung des Wahlalters.

## **Teil 2: Mobilität**

Wir leben in einer Welt, die immer globaler wird, heutzutage hat man nicht mehr in jeder Gemeinde eine Disco, nicht mehr in jeder Gemeinde einen Sportplatz, nicht mehr in jeder Gemeinde die Ausbildungsmöglichkeiten die man möchte. Viele Sachen werden immer zentraler und vor allem Jugendliche leiden unter diesen Entwicklungen sehr. Um den Problemen dieser Entwicklungen entgegenzuwirken, wollen wir die Mobilität der Jugendlichen und die Nachhaltigkeit für die Umwelt im Burgenland fördern.

Mit Themen wie folgt wollen wir ein neues Zeitalter für Jugendliche hereinbrechen:

- **Dem Ausbau von Verbindungen Richtung Wr. Neustadt und Graz**
- **Dem Ausbau vom Top Jugendticket**
- **Der Gründung eines Burgenlandbusses**
- **Einer Förderung für Taxiunternehmen**
- **Einer Transparenzdatenbank für den Führerschein**

Mit einer Verbesserung in diesen Bereichen könnten wir effektiv die Mobilität, nicht nur von tausenden Jugendlichen, sondern auch etlichen Erwachsenen verbessern.

Der Landtag wolle beschließen:

- Dass das Land Burgenland in Gespräche mit den angrenzenden Bundesländern Steiermark und Niederösterreich tritt, damit bessere öffentliche Verkehrsanbindungen Richtung Wiener Neustadt und Graz geschaffen werden.
- Dass Studentinnen und Studenten bis zum 26. Lebensjahr im Top Jugendticket mit inbegriffen sind.
- Dass die Gemeinden aufgefordert werden, sich mit bis zu 50% beim Semesterticket zu beteiligen
- Dass die Burgenländische Landesregierung gemeinsam mit einem lokalen Unternehmen einen Burgenlandbus gründen soll, welcher in allen Bezirkshauptstädten hält.
- Dass das Land Burgenland Elektro- und Hybridautos und -busse für Taxi- und Busunternehmen fördern und unterstützen soll.
- Dass das Land Burgenland eine landesweite Transparenzdatenbank schafft, damit sämtliche Kosten der Fahrschulunternehmen offengelegt werden.

### **Teil 3: Weiterentwicklung der Bildungslandschaft im Burgenland**

Bildung ist der Grundbaustein für den Erfolg und die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft. Deshalb ist es vor allem in jenem Bereich wichtig, den hohen Standard beizubehalten und diesen weiter zu fördern. Die Maßnahmen die gegenwärtig gesetzt werden sind zukunftsweisend und essentiell für die nächsten Generationen. Um im Burgenland auch weiterhin auf Erfolgskurs bleiben zu können sind die nachstehenden Forderungen wesentlich.

Aus diesem Grund fordern wir:

- Politische Bildung als eigenständiges Unterrichtsfach schon ab der fünften Schulstufe. Im Zuge dessen soll auch Mediensensibilisierung im Unterricht verankert sein.
- Aufgrund der schnell voranschreitenden Digitalisierung ist es wichtig den Umgang mit Notebooks und Tablets schon früh zu erlernen. Zudem werden Grundkenntnisse im Bereich „Coding“ immer öfter von Dienstgebern gefordert. Deshalb fordern wir hiermit die Forcierung der Tablet-Klassen und ein Wahlfach „Grundkenntnisse des Programmierens“ schon in der Unterstufe und auch in der PTS.
- Den Ausbau des Bildungsangebotes an der FH Burgenland durch die Etablierung der stark nachgefragten Studienrichtungen insbesondere im Bereich des Gesundheitswesens (Logopädie, Ergotherapie, etc.). Zudem fordern wir das Angebot eines Masters in dem beliebten Studiengang „Soziale Arbeit“. Alle Studienrichtungen sollen weiterhin studiengebührenfrei zugänglich sein.
- Einen Zuschuss zu Pflichtschulbüchern, die aus den Bundesmitteln nicht gedeckt werden.
- Ein flächendeckendes Angebot an Erste-Hilfe-Kursen an allen burgenländischen Schulen in vergünstigter Form.
- Ein Angebot an Führerscheintheoriekursen in der Sekundarstufe 2 (inkl. Berufsschulen) und eine Freistellung für Lehrlinge für Prüfungszwecke.

## **Teil 4: Förderung von Menschen mit Behinderungen und Ausbau der Pflege**

Menschen mit Behinderungen sind eine Bereicherung für unsere Gesellschaft, demnach müssen sie dementsprechend auch am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Für uns sind entsprechende Fördermaßnahmen wichtig, die zur Entlastung von Eltern und einem kindgerechten Leben beitragen. Verbunden mit dieser Problematik ist der Pflegekräftemangel, gegen den wir Maßnahmen setzen müssen.

- Wir haben im Burgenland stets einen Pflegekräftemangel wie auch in ganz Österreich. Aus diesem Grund fordern wir die Attraktivierung des Pflegeberufs, indem der Ausbau der Pflegeschulen im Burgenland weiter vorangetrieben wird. Weiters soll der Lehrberuf der Pflegeassistenz mit dem Pflichtschulabschluss ermöglicht werden.
- Der Rechtsanspruch auf Förderung von Menschen mit Behinderungen soll laut UNO-Behindertenrechtskonvention umgesetzt werden.
- Wir fordern die Schaffung einer zentralen Informations- und Anlaufstelle für Angehörige und Betroffene im Burgenland.
- Die Anerkennung des Behindertenausweises im Rahmen des Bewilligungsprozesses für Hilfen und Förderungen muss auch im Burgenland gewährleistet sein.
- Wir fordern die Aus- und Weiterbildung für Pädagog\_innen und Schulassistentenkräfte und mehr Personal in den Sonderschulen, um eine kompetente Betreuung behinderter Kinder und Jugendlicher zu gewährleisten.
- Das Land Burgenland soll die Freizeitassistenz bei Erwachsenen ausbauen und bei Kindern und Jugendlichen schaffen.
- Wir fordern den Ausbau der Freizeitmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen.
- Die Landesregierung soll eine Initiative schaffen, wobei der Schwerpunkt darauf liegt, dass der gesamte öffentliche Raum barrierefrei zugänglich gemacht werden soll.
- Wir fordern die Anerkennung aller Behinderungen im Schulwesen, dabei sollen diese Menschen nach individuellen Bedürfnissen gefördert werden.
- Die Landesregierung wird dazu aufgefordert, Erste-Hilfe-Kurse, vor allem hinsichtlich Assistenz von Menschen mit Behinderungen, sowie Informationsveranstaltungen schon ab der Unterstufe und vermehrt in der Oberstufe umzusetzen. Weiters soll schon Sensibilisierung bezüglich dieses Themas in der Volksschule stattfinden.